

Vorlage Nr. AfJFF 40/2021		
für die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

**Aktionsprogramm des Bundes „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“
Hier: Ausweitung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas - überplanmäßig anerkannter Bedarf (drittmittelfinanziert)**

A Problem

Anfang Mai 2021 hat das Bundeskabinett das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ auf den Weg gebracht.

Mit insgesamt zwei Milliarden Euro soll es unterschiedliche Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche geben, um die Folgen der Pandemie abzufedern und den Kindern bestmögliche Chancen auf gute Bildung zu ermöglichen.

In diesem Rahmen können mit 100 Millionen Euro im Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ bundesweit 1.000 weitere zusätzliche Fachkräfte „Sprach-Kitas“ tätig werden. Mit dem aktuellen Aktionsprogramm können ab der Bewilligung 2021 voraussichtlich zusätzlich zwei Kindertagesstätten in Bremerhaven in das Bundesprogramm einsteigen.

Die städtischen Kindertageseinrichtungen werden zurzeit mit sieben 0,5-Stellen und einer 0,5-Stelle für die Fachberatung am Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ durch den Bund gefördert.

Das Amt für Jugend, Familie und Frauen hat sich mit zwei weiteren städtischen Kindertageseinrichtungen am Interessenbekundungsverfahren des Bundes beteiligt. Eine Bewilligung des Bundes hierzu steht derzeit noch aus.

Bei einer zusätzlichen 100 % Förderung des Bundes ergibt sich die weitere Anerkennung des zusätzlich anerkannten Stellenbedarfs von insgesamt 2 X 0,5-Stellen nach TvöD SuE S8b.

B Lösung

Zur Ausweitung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ in den städtischen Kindertagesstätten stimmt der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen dem überplanmäßigen anerkannten Bedarf zu. Zu gegebener Zeit sind entsprechende Stellenplananträge zu stellen. Er empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss ebenfalls die Zustimmung.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages

Der zusätzliche Personalbedarf wird aus Drittmitteln finanziert.

Genderrelevante Aspekte sind nicht betroffen. Anhaltspunkte für Klimaschutzrelevante Auswirkungen bestehen nicht. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind in besonderer Weise nicht betroffen.

Die Belange von Menschen mit Behinderungen sind nicht in besonderer Weise betroffen.

E Beteiligung / Abstimmung

Personalamt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG erfolgt durch das Dezernat IV.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen stimmt dem überplanmäßigen anerkannten Bedarfen für die Dauer und vorbehaltlich der Drittmittelfinanzierung zu. Er empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss die Zustimmung.

Frost
Stadtrat